

Zeltweger

NACHRICHTEN

Nummer 126

Ausgabe 126, April 2022

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 18A041806 E, Aufgabe: 8720

Gemeindewohnungen: Verkauf gescheitert - KPÖ gegen weitere Privatisierungspläne

Bereits seit 2017 gab es Pläne Gemeindewohnungen in Zeltweg zu verkaufen. Die KPÖ hat sich von Anfang an dagegen ausgesprochen, leistbares Wohnen ist für uns eine Grundaufgabe der Gemeinden.

SPÖ beschloss Verkauf

Im letzten Jahr wurde schließlich der Verkauf von einem Drittel der Wohnungen von der SPÖ-Mehrheit beschlossen. Dabei ging die SPÖ undemokratisch vor: Ohne öffentliche Diskussion wurde dieser Beschluss im Umlauf, also per E-Mail gefasst. 191 Wohnungen hätten für 4,2 Millionen verkauft werden sollen.

Verkaufspreis zu niedrig

Die Gemeindeaufsicht hat diesem Verkauf nun aber einen Riegel vorgeschoben, gemäß Gutachten sind die betreffenden Wohnungen knapp 7 Millionen Euro wert. Die Verkaufspläne und die Vorgangsweise waren ein unverantwortlicher Umgang mit dem Eigentum der Zeltweger BürgerInnen. Die Wohnungen hätten im Schnitt um 20.000 Euro verkauft werden sollen, ein Preis um den keine ZeltwegerIn eine Wohnung jemals eine Wohnung kaufen könnte.

Die Gemeindewohnungen gehören zum „Familiensilber“ unserer Stadt. Derartig leichtfertig damit umzugehen war ein schwerer Fehler, der nun zum Glück ohne Folgen bleibt. Nur wenn die Gemeinde Wohnungen hat kann sie einen Einfluss auf die Mieten

nehmen und das Wohnen in Zeltweg leistbar halten.

Privatisierung absagen!

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau freut sich über die Entscheidung der Aufsichtsbehörde und fordert: „Die Privatisierungspläne müssen nun endgültig begraben werden, damit die Gemeinde auch in Zukunft die Möglichkeit hat für leistbares Wohnen in Zeltweg zu sorgen. Wir werden noch sehr froh sein, dass der Verkauf so nicht durchgegangen ist.“



**Zeltweger Gemeindewohnungen:
Privatisierungspläne müssen
jetzt endgültig begraben werden!**

PETER LORBERAU

KPÖ

Heizkostenzuschuss: Erhöhung beschlossen

Bereits im Dezember hat KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau einen Antrag auf Erhöhung des Heizkostenzuschusses eingebracht. Schon damals sind die Energiepreise angestiegen. Wir haben eine Erhöhung von 50 auf 80 Euro noch im vergangenen Winter vorgeschlagen.

Der Antrag fand leider keine Mehrheit und wurde dem Sozialaussuss zugewiesen. Am 31. März hat der Gemeinderat nun die Erhöhung auf 70 Euro beschlossen, aber leider erst ab der kommenden Heizperiode.

In Judenburg wurde der Heizkostenzuschuss der Stadtgemeinde auf Antrag der KPÖ rückwirkend erhöht. Ein solches Zeichen der Unterstützung hätten wir uns auch in Zeltweg gewünscht.

Es ist zu befürchten das, auch durch Kriegsbedingte Spekulation, die Energiepreise bis zum Winter weiter steigen. Es braucht dringend Maßnahmen um das abzufedern. Die Erhöhung des Heizkostenzuschusses für die Bedürftigsten ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Sportvereine: Förderungen wieder auf vorkrisen Niveau

Im Zuge der Corona-Krise wurden die Förderungen für die zeltweger Sportvereine um 10% gekürzt. Dies wurde nun zurückgenommen.

Die KPÖ hat die Kürzung der Förderungen 2020 und 2021 scharf kritisiert. Auch die Vereine haben unter den Folgen der Pandemie gelitten. Keine Veranstaltungen, heißt oft auch keine Einnahmen. Während der Lockdowns ist das Vereinsleben zeitweise völlig zum Erliegen gekommen. Dadurch haben viele Vereine auch mit Mitgliederschwund zu kämpfen, was Einnahmen noch einmal schmälert.

Vereine spielen eine wichtige Rolle in einer funktionierenden Stadt und sie müssen uns das auch wert sein. Die KPÖ begrüßt das die Förderhöhe wieder normalisiert wurde, schlägt aber vor mittelfristig auch über höhere Förderungen nachzudenken.

Völlig unverständlich ist das Abstimmungsverhalten der ÖVP, der die eine weitere Kürzung der Förderungen verlangt. Gerade Mitgliedern des Gemeinderats sollte bewusst sein, welchen Wert Vereine für uns haben und wie wichtig sie gerade auch für unsere Jugend sind.

KPÖ Antrag: Mieterhöhung aussetzen!

Mit 1. April wurden die Richtwertmieten um bis zu 6% erhöht. Die KPÖ setzt sich dafür ein diese Erhöhung zurückzunehmen. In Graz hat die KPÖ geführte Stadtregierung die Erhöhung bei den Gemeindewohnungen ausgesetzt. Auch die SPÖ fordert im Nationalrat die Erhöhung auszusetzen.

In der Gemeinderatssitzung am 31. März hat die KPÖ den Antrag gestellt, der Gemeinderat möge sich gegen die Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten aussprechen und außerdem im eigenen Bereich, also bei den Gemeindewohnungen auf eine Erhöhung verzichten.

Der Antrag wurde zwar, mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und KPÖ, zur Diskussion zugelassen. (Die ÖVP stimmte dagegen) Wurde aber nicht beschlossen, sondern von der SPÖ in den Sozialausschuss verwiesen.

Wohnen ist ein wesentlicher Preistreiber und ein großer Kostenfaktor. Immer mehr Menschen haben Probleme damit sich die Miete leisten zu können. 400.000 Menschen in Österreich müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben. Es braucht dringend Maßnahmen um hier zu regulieren. Die Gemeinde hat zumindest die Möglichkeit bei ihren eigenen Wohnungen auf eine Erhöhung zu verzichten. Wir hoffen das es zu einer Umsetzung kommt.



EINE ANDERE STEIERMARK IST MÖGLICH!

MACH MIT!

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:
Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt.
Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.
Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

 03512 822 40
knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Aus dem Gemeinderat

Rechnungsabschluss 21

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde für 2021 wurde beschlossen. Zwar ist eine Verbesserung der Situation erkennbar. Dennoch hat die Corona-Krise die Finanzlage der Gemeinden verschärft. Die Gemeinden brauchen von Bund und Land ausreichend Mittel um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Antrag Airpower

Die Grüne Bürgerliste hat einen Antrag für die Absage der Airpower 22, im Angesicht des Krieges in der Ukraine eingebracht. Obwohl sich Bürgermeister Günther Reichhold in der Presse für die Absage ausgesprochen hat, fand der Antrag nur die Zustimmung von Grünen und KPÖ.

Bebauungsplan

Für Pfaffendorf Nord wurde ein Bebauungsplan beschlossen. Im Bereich westlich der Pfaffendorferstraße sollen Bauplätze für Einfamilienhäuser entstehen.

Abfallsystem

Die Container für Altglas werden vollständig vom Schütt- auf das Hubsystem umgestellt. Dadurch soll es auch zu deutlich weniger Lärmbelästigung kommen.

Lehrschwimmbad

Im Lehrschwimmbad ist eine Verteilersanierung notwendig. In der Diskussion wurde von Seiten der ÖVP, das Lehrschwimmbad überhaupt in Frage gestellt. Von mehreren Seiten wurde darauf die Wichtigkeit des Bades für die Zeltweger SchülerInnen betont, die dadurch kostengünstig Schwimmen lernen können.

Sitzungsplan

Die Sitzungen des Gemeinderats finden an folgenden Terminen statt:

23. Juni

29. September

15. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von allen interessierten BürgerInnen besucht werden.

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger! Gemeindewohnungen erhalten!



Als ich davon von der Entscheidung der Gemeindeaufsicht erfuhr, dem Verkauf von einem Drittel unserer Gemeindewohnungen nicht zuzustimmen, habe ich mich natürlich gefreut und ich bin mir sicher das sich noch Generationen an zukünftigen GemeinderätInnen darüber freuen werden, dass der Verkauf gescheitert ist.

Gleichzeitig war ich aber nochmals schockiert: Gemeindewohnungen, Eigentum der Zeltweger Bevölkerung, im Wert von 7 Millionen Euro hätten buchstäblich verschleudert werden sollen. Die SPÖ-GemeinderätInnen müssen der Gemeindeaufsicht dankbar sein, dass sie um diese Verantwortung noch herumkommen.

Es rächt sich auch das die SPÖ den Verkauf ohne Diskussion im Gemeinderat per Umlauf, also E-Mail, durchziehen wollte. Nun ist das Kapitel Wohnungsverkauf aber hoffentlich entgültig abgeschlossen.

Es muss jetzt darum gehen ein langfristiges Sanierungskonzept zu erarbeiten und die Gemeindewohnungen auf einen modernen Stand zu bringen, für die BewohnerInnen und für ganz Zeltweg.

Ihr KPÖ-Gemeinderat

Peter Lorberau

E-Mail: p.lor49@hotmail.com

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckvermerke“ des Österreichischen Umweltzeichens, LW-Nr.264, 1720 Knittelfeld

1 Was bedeutet der Überfall Russlands auf die Ukraine?

Es ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, der tausende Menschenleben gefordert und Millionen Menschen in die Flucht getrieben hat. Mit jeder Minute, die dieser Krieg andauert, mit jedem getöteten und verwundeten Menschen, mit jedem Akt der Zerstörung, mit jedem Menschen, der zur Flucht gezwungen wird, verhärten sich die Fronten, steigen Verbitterung und Hass. Das Finden von Lösungen wird schwerer und die Gefahr einer noch größeren Eskalation steigt.

2 Ukrainische Politiker fordern Waffenlieferungen. Ist das sinnvoll?

Nein! Das würde nur weiteres Öl ins Feuer gießen. Es muss aber darum gehen, den Brand schnellstmöglich zu löschen. „Meine Agenda für das Treffen hat drei Punkte: Es sind Waffen, Waffen, Waffen“, fasste der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei einem Besuch in Brüssel zusammen. Das nützt nur der Rüstungsindustrie, deren Aktienkurse gerade Höhenflüge erleben. Was es aber wirklich braucht, ist Frieden, Frieden, Frieden! Denn eine totale Konfrontation birgt auch die Gefahr der nuklearen Kriegsführung in sich, die nicht nur für die Menschen in der Ukraine, sondern in ganz Europa fatal wäre.

3 Die EU fordert eine Ausweitung der Sanktionen. Ist das sinnvoll?

Die Milliarden-Vermögen von Oligarchen und des Putin-Clans im Ausland einzufrieren, übt Druck auf die herrschende Klasse Russlands aus. Viele Sank-

tionen treffen jedoch die einfachen Menschen – und das nicht nur in Russland, sondern auch bei uns. Deshalb sind Wirtschaftssanktionen abzulehnen. Es gibt, aller Propaganda zum Trotz, keine breite Kriegsbegeisterung unter den Russinnen und Russen. Sanktionen, die breite Teile der Bevölkerung treffen, könnten dazu führen, dass sie sich gegen diejenigen stellen, die sie verhängen und damit in die Fänge Putin stellen. Dabei wollen die Menschen Frieden. Und sie tragen diese Forderung auch auf die Straßen vieler russischer Städte. Doch der Staat unterdrückt Friedensdemonstrationen mit brutaler Härte. Denn nicht nur nach außen, sondern auch nach innen agiert das russische Regime aggressiv, um einmal mehr die bestehende autoritär-kapitalistische Oligarchenherrschaft abzusichern.

4 Was kann Österreich zum Frieden beitragen?

Österreich hat eine lange, auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der vermittelnden Außenpolitik und durch sein Engagement für weltweite Abrüstung wesentliche Beiträge geleistet – etwa beim Verbot von Anti-Personenminen, Streubomben der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen. Wien ist ein Sitz der Vereinten Nationen und könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden.

5 Manchmal wird behauptet, neutrale Staaten wären schutzlos. Ist das so?

Im Gegenteil. Die akti-

Krieg und Frieden



Der brutale Krieg Russlands gegen die Ukraine hat entscheidende Dinge wieder in den Mittelpunkt gerückt. Gerade jetzt geht es darum, an der Neutralität festzuhalten und sie mit neuem Leben zu füllen, betont die KPÖ. Sechs friedenspolitische Grundfragen

ve Neutralitätspolitik hat Österreich viel Ansehen in Vertrauen in der Welt gebracht. Staaten, die keine Kriege führen, sind seltener Terror-Angriffsziele und werden international nicht als Bedrohung wahrgenommen. Seit dem EU-Beitritt wurde die Neutralität jedoch immer weiter ausgehöhlt. So beteiligt sich Österreich etwa an der sogenannten „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ oder den EU-Kampfgruppen.

In Zukunft will die EU sogar Drohnenkriege selber führen. Bis 2027 soll mit Milliardenaufwand eine eigene Euro-Drohne aus der Taufe gehoben werden. Die Finanzierung erfolgt

unter anderem über einen eigenen EU-Rüstungstopf, in den auch Österreich einzahlt.

Manche gehen jetzt noch weiter: ÖVP-Vordenker Andreas Khol, manche Kreise der NEOS oder auch Kleine-Zeitung-Chefredakteur Patterer kokettieren offen mit der Entsorgung der Neutralität und teilweise offen mit einem NATO-Beitritt.

Die Bevölkerung sieht das ganz anders. Fast vier Fünftel wollen an der Neutralität festhalten. Darum sah sich Bundeskanzler Nehammer auch gezwungen, sie „außer Streit“ zu stellen. Doch seine Parteikollegin

Kriegspropaganda

„Das erste Opfer des Krieges ist Wahrheit“ lautet ein altes Sprichwort. Alle Seiten sind im Krieg daran interessiert auch die Schlacht um die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Informationen müssen daher immer kritisch hinterfragt werden und dabei 10 Prinzipien der Kriegspropaganda bedacht werden, nach der die Propaganda in jedem Krieg funktioniert:

1. Wir wollen keinen Krieg!
2. Der Gegner ist für den Krieg verantwortlich!
3. Die Führer des Gegners sind Monster!
4. Wir verteidigen ein edles Ziel und keine Interessen!
5. Der Feind begeht bewusst Verbrechen, wir nur unbeabsichtigt
6. Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
7. Unsere Verluste sind Gering, die des Gegners erheblich
8. KünstlerInnen und Wissenschaft unterstützen uns
9. Unser Anliegen ist Heilig
10. Wer unsere Propaganda anzweifelt, arbeitet für den Feind



Verteidigungsministerin Tanner hingegen will sich an einer „EU-Eingreiftruppe“ beteiligen.

6 Die ÖVP will die Militärausgaben Österreichs drastisch anheben. Bringt das mehr Sicherheit?

Schon jetzt übersteigen die Militärausgaben der EU die von Russland um ein Vielfaches. Die Welt hat das aber nicht sicherer gemacht.

Nun will Ministerin Tanner das Regelbudget des Bundesheeres von 0,6 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anheben. Keine Frage: das Bundesheer braucht finanzielle Mittel, um wichtigen Aufgaben beim Katastrophen-

schutz, der Cyber-Abwehr, dem Schutz von Infrastruktur nachkommen zu können. Doch Aufrüstung, um international mitmachen zu können, ist fehl am Platz: Gelder, die jetzt für Kriegsgerät ausgegeben werden, fehlen dringend für Bereiche wie Gesundheit, Pflege, Bildung oder Wohnen.

Die Staatsschulden, die in ganz Europa und auch in Österreich durch die jetzt geschnürten Aufrüstungspakete gemacht werden, werden schon bald drastische Auswirkungen auf die Menschen haben – durch Kürzungen in der Daseinsvorsorge und durch Sozialabbau.

TROTZ NEUTRALITÄT

Tanner betont: „Sind bei EU-Eingreiftruppe dabei“



**Neutralität mit Leben erfüllen
statt Militarisierung der EU mittragen!**

Alles wird teurer - Der Markt wird nichts richten

Die Preise für Strom, Gas, Treibstoffe und Fernwärme explodieren, auch die Mieten sind weiter Preistreiber. Währenddessen sinken die Löhne und Gehälter vieler arbeitenden Menschen de facto, weil die Lohn-Anhebungen hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Viele merken es immer deutlicher am Konto: Diese Rechnung geht nicht auf!

Schon die Corona-Krise hat das Leben teurer gemacht, bei den Energiepreisen war schon im Vorjahr ein deutlicher Anstieg zu spüren. Der schreckliche Krieg in der Ukraine öffnet den Spekulanten Tür und Tor.

Lebensmittel, Treibstoff, Erdgas, Benzin und vieles mehr. Die Preise steigen, selbst dort wo das Angebot (noch) nicht knapper geworden ist. Damit wird viel Geld verdient: Spekulation und die „Unsicherheit“ auf den Finanzmärkten machen Profit und die Menschen bezahlen dafür.

Spekulation gefährdet die Gesundheit!

Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten sich das tägliche Leben leisten zu können. Selbst eine sichere Arbeitsstelle ist kein absoluter Schutz vor Armut. Bei Grundnahrungsmitteln, beim Wohnen, Heizen und beim Treibstoff hat man keine Möglichkeit viel einzusparen.

Das wissen auch die Konzerne und Spekulanten und treiben die Preise in die Höhe. Das erhöht den Reichtum einiger weniger und treibt Millionen in Armut und Elend. Wer arm ist, ist öfter Krank und hat eine kürzere Lebenserwartung, zudem verhungern jährlich rund 14 Millionen Menschen. Die Ukraine und Russland gehören zu den wichtigsten Getreidexporteuren, der Hunger könnte sich also verschärfen.

Wer profitiert am Gaspreis?

Trotz des Krieges liefert Russland weiterhin Gas durch die Ukraine nach Europa und das im wesentlichen zu fixen Preisen. Die Hauptprofiteure der Erhöhungen sind also die Konzerne die das Gas importieren. Sie verdienen an der Not der UkrainerInnen. Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen.

Der möchte Energiepolitisch unabhängig von



Russland werden. Die österreichische Bundesregierung war darum mit Delegationen in Saudi-Arabien und in Qatar. Länder die von despotischen Königen regiert werden, sollen also Russland ersetzen?

Aus Amerika kommt einstweilen verflüssigtes Fracking-Gas in Schweröl betriebenen Tankern nach Europa. Der Konflikt führt also dazu, dass auf die Klimaziele völlig vergessen wird.

Regulieren!

Die arbeitenden Menschen dürfen nicht die Kosten von Krieg und Krise bezahlen müssen. Es braucht endlich Löhne von denen JedeR leben kann und eine Regulierung der Preise für alle lebensnotwendigen Produkte.

Wer an der Corona-Krise und am Krieg verdient hat soll dafür auch seinen Beitrag leisten! Die Vermögen der Reichen und die Profite der großen Konzerne sind in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Der Krieg in der Ukraine hat den Rüstungs- und Energiekonzernen satte Gewinne beschert. Darum braucht es endlich eine Steuer um die Kosten umzuverteilen und zwar zu Gunsten der arbeitenden Menschen.

Für eine nachhaltige Alternative zur Airpower

Die Airpower ist mehr als nur eine Kunstflugshow, bei ihr werden auch Kampfflugzeuge gezeigt, die anderswo Leid, Zerstörung und Tod bringen. Dies wurde vielen durch den Krieg in der Ukraine in Erinnerung gerufen.

Millionen sind auf der Flucht vor Bomben. Die Airpower steht in der Kritik und viele Menschen fordern eine Absage.

Viele der bei der Airpower gezeigten Fluggeräte wurden entwickelt um zu töten und werden ständig in aller Welt für genau diesen Zweck eingesetzt.

Aufgrund des Krieges ist die Kritik an der Airpower gewachsen. Auch die SPÖ fordert die Verschiebung. In einigen Gemeinden hat es Anträge auf Verschiebung gegeben. Auch das zeigt das die Airpower keine harmlose Familienveranstaltung ist.

Petition: jetzt unterschreiben!

Die KPÖ ist der Ansicht, dass sie weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart und schon gar nicht in der Zukunft für Massen- und Familienveranstaltungen geeignet sind. Kriegswaffen sind kein Kinderspielzeug!

Wir fordern daher nicht nur die Absage der Airpower 2022, sondern ein Ende dieser Art von Veranstaltungen. Wir treten ein für eine sinnvolle und nachhaltige Alternative, die einen Beitrag leistet das Bewusstsein für den Klimawandel, neben Krieg die zweite große Bedrohung für die Menschheit, zu steigern.

Wir starten dafür eine Petition und laden Sie ein, diese mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Sie können die Petition über folgendem QR-Code erreichen und finden sie außerdem auf unserer Facebookseite: KPÖ Murtal.



**WIR BRAUCHEN FRIEDEN
UND ABRÜSTUNG**

...statt Airpower und Rüstungswahn!



**ICH BRAUCHE
SAUBERE LUFT**

...DRINGENDER ALS FLIEGERLÄRM UND ABGASE.



**WIR BRAUCHEN EINE
INTAKTE UMWELT**

...DRINGENDER ALS KAMPFJETTS
ÜBER UNSEREN KÖPFEN.



Frieden

Russland hat die Ukraine angegriffen, Millionen müssen vor Bomben und Zerstörung fliehen. Ihre Lebensgrundlage wird zerstört. Profitiert hat die Rüstungsindustrie, die Aktienkurse erleben Höhenflüge. Die Spekulation mit Rohstoffen, befeuert vom Krieg, hat das Leben so teuer wie seit Jahrzehnten nicht mehr gemacht. Die angekündigten Aufrüstungsmaßnahmen der NATO und der EU bergen die Gefahr, die Spirale der kriegerischen Gewalt weiterzudrehen. Was wir alle brauchen, ist eine Zukunft, die nicht von Krieg und Gewalt bestimmt wird.

Neutralität

Österreich hat eine lange, auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der vermittelnden Außenpolitik. Wien könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden. Stattdessen wird die Neutralität in Frage gestellt, Österreich soll sich an EU-Eingreiftruppen beteiligen.

Gerechtigkeit

Während die Reichen immer reicher werden und von den Krisen unserer Zeit profitieren, können sich immer mehr Menschen das Leben nicht mehr leisten. Die Teuerung frisst immer mehr und die Löhne bleiben zurück. Heizen und Wohnen drohen zum Luxus zu werden.

Viele Menschen fragen sich zurecht, wo dieses System hinführen soll. Niemand ist mit diesen Sorgen alleine, sie betreffen Millionen Menschen in unserem Land. Während die Reichen und Mächtigen aber starke Lobbys und eine Regierung haben, um ihre Interessen durchzusetzen, bleibt unsere Stimme oft leise und schwach.

Wenn wir zusammenhalten, können wir etwas ändern!

Am 1. Mai gehen seit über 100 Jahren Millionen Menschen weltweit auf die Straße. Lasst uns den 1. Mai in Graz zu einem Zeichen der Hoffnung auf Veränderung machen, ein Zeichen gegen Armut und Ausbeutung, gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, gegen die Aushöhlung unserer Neutralität, gegen Umweltzerstörung und für eine Welt der Solidarität, Gleichberechtigung, des Friedens und des Sozialismus.

Dazu laden wir als KPÖ Steiermark bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai alle Menschen ein, die mit uns das Ziel teilen, sich für leistbares Wohnen, höhere Löhne und Gehälter, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose Bildung, für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen und für einen Frieden ohne Waffen einzusetzen.

1. MAI TAG DER ARBEIT

FRIEDEN

NEUTRALITÄT

GERECHTIGKEIT

Die KPÖ-Murtal fährt mit dem Bus zur Demonstration nach Graz. Wir laden alle ein mit uns ein Zeichen für Frieden, Neutralität und Gerechtigkeit zu setzen.

Die Busfahrt ist kostenlos, Anmeldungen unter: 03512 84420 oder

per Mail an

knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Herzlichen Dank

Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:

www.kpoe-steiermark.at

KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook



Sprechs

KPÖ-Bezi
und

Mittw

KPÖ-

Friedens

Vora

E

KPÖ

Reden, di

Jeden 1.

KPÖ-Parteil

E

Wem kann man heute noch vertrauen?



Nächste Gemeinderatssitzungen:

31. Oktober und 12. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von interessierten BürgerInnen besucht werden.

Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“
politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“
Friedensforscher

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig eine dezentrale, dichte medizinische Versorgung ist. Staaten, die über mehr Spitalsbetten verfügen, kommen wesentlich besser mit der Pandemie zurecht und können die Maßnahmen schneller lockern als jene, die ihr Gesundheitssystem verkleinert und privatisiert haben.



Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.

Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.

Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner soll müssen töten einen.

Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.

Die Jungen sollen' s erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht



*Wir wünschen allen
Zeltwegerinnen
und Zeltwegern alles
Gute für 2018,
Gesundheit,
soziale Sicherheit
und Frieden!*